

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstanschrift: Tageblatt Riesa.  
Telefon Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbarkeit beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Handelsamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1530  
Girokarte Riesa Nr. 52.

Nr. 89.

Freitag, 17. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Posten, für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummern des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und müssen zu bezahlen; eine Gewähr für das Schreiben an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. **Grundpreis** für die 20 am Freitag, 4 am Samstag und Sonntag, 10 Gold-Pfennige, die 20 am Freitag, 25 Gold-Pfennige; Zeitraubender und teuerlicher Tag 50% Aufschlag. **Hinweis:** Wenn der Käufer zahlt, wenn der Betrag verjährt, auch Klage eingezogen werden muss, oder der Auftraggeber in Konturs gerät, Zahlungs- und Fälligkeitszeit: Riesa. **Auftraggeber** unterschaltungsbelagte Forderungen an den Elberfluss — Im Falle höherer Gewalt — artig oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Verleger einen Anspruch auf Belastung oder Nachleistung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag:** Sanger & Winterlich, Riesa. **Verkaufsstelle:** Weichstraße 59. **Verantwortlich für Redaktion:** Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Drei Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl nominiert.

(Berlin) Am Freitag, zum zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl sind bis Ablauf der Einschränkung (Mitternacht des 18. Aprils) drei Kandidaten nominiert worden und zwar:

1. Paul von Hindenburg, Generalfeldmarschall, Hannover.
2. Wilhelm Marx, Reichskanzler a. D., Berlin.
3. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, M. d. R., Hamburg.

Der Reichswahlleiter hat diese drei Kandidaten zugelassen. Die Amtwärter werden in dieser Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel erscheinen. Wie bei dem ersten Wahlgang enthält der amtliche Stimmzettel außerdem ein freies Feld zum Eingetragen etwaiger anderer Kandidaten.

## Jeder helfe zur Wahl!

(Berlin, 16. April.) Der Reichsbund veröffentlicht einen Aufruf:

Die Gegner, die auf jede Weise bestrebt sind, die Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg heranzutragen, behaupten, der Reichsbund sei die Organisation der Schwerindustrie und des Großkapitals. Sie seien gesellschaftlich verächtlich und in Umlauf, dem Reichsbund seien von einzelnen großkapitalistischen Stellen enorme Beträge für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt worden. Sie wollen damit Verwirrung in die Kreise unserer Anhänger tragen. Diese Behauptungen sind aber frei erfunden. Die Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg wird getragen von der überparteilichen und nationalen Mehrheit des deutschen Volkes. Wir wenden uns daher an jeden einzelnen in der Erwartung, daß jeder seine Pflicht tut, nach Kräften die Wahl auch finanziell unterstützen. Wir bitten alle diejenigen, die dazu in der Lage sind, einen angemessenen Betrag auf unser Postleitzettel Berlin NW. 7, Nr. 16734 (Reichsbürgertarifkonto, Arbeitsausschuss Reichspräsidentenwahl) zu überweisen. Jeder Pfennig, der für die Wahl unseres Hindenburg gegeben wird, hilft die Auferstehung unseres Vaterlandes durch ruhige und friedliche Arbeit sichern."

## Aufruf zum Reichswandertag am 19. April.

### Deutsche Jugend in Stadt und Land!

Das Opfer, das der ehrwürdige Feldmarschall Hindenburg mit der Annahme der Kandidatur zum Reichspräsidenten dem deutschen Volke gebracht hat, galt vor allem auch dir, deutsche Jugend. Deine Zukunft soll sich in einem reineren, lauterem deutschen Leben entwickeln, als es die Zeit der letzten Jahre mit ihrer Parteiherrschaft und Korruption geboten hat. Für dich vor allem will Hindenburg die Ruhe seines Lebensabends hingeben. Dein Idealismus muß und wird diese deutsche Tat deines Heldenbildes in ihrer ganzen Größe ermessen. Darum muß der lebte Sonntag vor der Wahl im Zeichen des Wollens der deutschen Jugend für ihren Vater Hindenburg stehen.

Wo deutsche Jungen und deutsche Mädels, wo Männer und Frauen der nationalen Bewegung in deutschen Landen wohnen, da sollen sie mit ihren Fahnen und Bannern, mit Lautenlang und Liederlang hinauswandern auf die Dörfer und Gehöfte, durch die Straßen der Städte und ihren hellen Begrüßungsruf aus reinem Herzen an jedes noch so verdeckte deutsche Herz klingen lassen:

Wie wollen unseren Vater Hindenburg als Führer des Volkes an der höchsten Spitze des Staates; denn die deutsche Jugend will Ehrfurcht und Liebe empfinden zum Führer des deutschen Volkes.

Heil unserem Vater Hindenburg!

## Hindenburg spricht im Rundfunk.

(Berlin) Vom Reichsbund wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Rundfunk für die Bewerber um den Posten des Reichspräsidenten im zweiten Wahlgang freigegeben hat, wird General von Hindenburg am Freitag vor der Wahl abends eine Rede, die über sämtliche deutsche Länder verbreitet wird, halten.

## 5 Prozent Rabatt

### Hindenburg und das Ausland.

Berlin. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an dem am Sonntag stattfindenden Empfang in Hannover auch die hervorragendsten Vertreter der ausländischen Presse eingeladen. Wie wir hören, wird Hindenburg in seinen programmativen Erklärungen sehr ausführlich auf die im Ausland und besonders in England gegen seine Kandidatur gerichteten Angriffe eingehen. In den Kreisen des Reichsbundes steht man übrigens auf dem Standpunkt, daß es nicht können kann werden, die öffentliche Meinung im Auslande zu beeinflussen.

## Stresemann über Weltwirtschaft und Außenpolitik.

(Hamburg) Auf Einladung des Überseeklubs Hamburg sprach hier gestern abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann über das Thema:

### Politik und Weltwirtschaft in ihren Selbstbezüglichkeiten.

Er führte unter anderem aus: In der Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Hamburg in seiner Zeit das Wort gefallen: „Die Weltwirtschaft ist unter Zwietracht“. Diese These ist sicherlich unrichtig, denn letzten Endes entscheiden die großen Grundfragen der Politik über das Weltreichsfall, aber an einer Stelle, in der die Politik mehr von Wirtschaftsfragen bestimmt gewesen ist, als in der Gegenwart. Die Geschichte der Weltkriegszeit zieht deshalb naturgemäß enge Beziehung zur Weltwirtschaft und Weltpolitik, nicht nur in der Durchführung des Friedensvertrages und der Reparationspolitik. Sie spielt auch ihre Rolle beim Rückenbruch, der die Pananglophie zwischen Amerika und England im Ersten Weltkrieg bringt und in dem Geheimbericht Taraz über den Rückfall der Weltwirtschaft der Weltindustrie. Auch außerhalb der Reparationsfrage zieht wir die Weltwirtschaft in Rompfe um das Erdöl, sowie im russisch-japanischen Zschalauertritt. Die härteste Verbindung dieser Tendenzen zeigt sich beim Dawesplan. Deutschlands Stellung ist dadurch gekennzeichnet, daß wir heute noch nie mehr mit dem Auslande verbündet sind als früher. Die Vereinigten Staaten sind der Weltgläubiger und der Weltbankier geworden. Frankreich ist der größte Gläubiger und hat dabei die geringsten Kohlenlager.

Die deutsche Produktion sieht vor den schwersten Aufgaben. Sie soll die höchsten Überstüsse erzielen und hat doch die wichtigsten Rohstoffgebiete verloren. Mit erheblicher Sorge müssen wir die Vorgänge verfolgen, die darauf hindeuten, daß eine Zusammenfassung unerlässlicher Rohstoffe in den Weltbereich weniger Staaten angestrebt wird. Das einzige wirtschaftliche Waffengesetz, das wir noch besitzen, ist unsere Konjunktur. Es scheint aber, als wenn an die Stelle der bisherigen Parole: „Krieg und Untergang des Konkurrenten“ sich wieder das Bestreben gesetzt hat, mit dem Konkurrenz zusammenzuarbeiten.

Deutschland hat am 10. Januar dieses Jahres seine Handlungsfreiheit auf handelspolitischen Gebieten wieder erhalten. Es wird die Verhandlungen mit den Staaten, mit denen es in neue Beziehungen eintritt, unter Beibehaltung des Prinzips der Neutralität führen. Der Abschluss des deutschen Marktes durch Hochzollpolizität ist unmöglich. Letzten Endes bleibt auch unsere Wirtschaftsentwicklung abhängig von der Gestaltung der Weltpolitik. Wie und durch die Machtpolitik anderer bis auf die heutige Stunde bedroht. Richtlinie unserer Außenpolitik muß nur sein: Sicherung der Grenzen des Reiches, Fortentwicklung im Innern und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse.

Gleichpolitische Wege waren schon an einer Zeit verfehlt, wo wir die Macht besaßen. Ehre und Würde des deutschen Reiches hat nicht zu tun mit starken Worten, sondern wird am besten durch sichtliche Arbeit und Pflichterfüllung gewahrt. Das wir wollen, ist, daß man uns zufrieden läßt, daß wir und in Ruhe wieder aufstehen können, um die Wohlfahrt unseres Volkes zu sichern und übernommene Verpflichtungen anderer auszuführen zu können. Die Grundlagen dieser Außenpolitik können auch durch ein Volkssvolk über innenpolitische Aufgaben nicht geändert werden. Ein solches innenpolitische Volk gibt den Empfindungen und der Stärke der Parteien Ausdruck. Die wirtschaftliche Entwicklung, die wir erhoffen, kann sich nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform vollziehen. Sie zu verteidigen, gegen Jeden, der sich vermisst, und in Kampfe über innere Abänderungen hinzutreten zu wollen, werden auch Millionen von denen bereit sein, die aus patriotischen Gründen für die heutige Staatsform als der einzigen Grundlage einer gelungenen deutschen Entwicklung eintreten, ohne daß sie bereit sind, ihre grundständliche Einstellung in dieser Frage aufzugeben.

Das Ausland braucht, so beweist Dr. Stresemann zum Schlus, weder zu fürchten noch zu hoffen, daß eine innere Ferierung in Deutschland eintrete, sondern es kann unbedingt um den Streit der Parteien auf eine gesunde und vernünftige Entwicklung der deutschen Verhältnisse vertrauen.

Die stark besuchte Versammlung sollte den Ausschreitungen des Außenministers keinen Beifall.

Dr. Stresemann kehrte heute früh nach Berlin zurück.

### Handwerkerfragen im Haushaltsausschuß.

Am Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag die Beratung des Staats des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Berlin (D. B.) trat für die Schaffung des Postens eines Staatssekretärs für Handwerk Einzelhandel und Gewerbe

im Reichswirtschaftsministerium ein. Zum mindesten müßte eine besondere Abteilung unter einem besonderen Direktor eingerichtet werden. Die Kreisgewährung aus öffentlichen Mitteln an Gewerbetreibende des Mittelstandes müßte vermehrt und erleichtert werden. Die Rechte der Zwangsverwaltung müßten verstärkt werden. Das Handgewerbe und der Straßenhandel, die sich auf Kosten des gewerblichen Mittelstandes zu sehr ausbreiten, müßten wieder auf ihrem ursprünglichen Stand zurückgebracht werden. Der Redner trat weiter für die Interessen der Bergleute gegenüber den Krankenkassen, für die Bildung der Bergmeister, für Unterstützung des deutschen Seefischereiwesens und den Schutz des deutschen Obstbaus ein und wandte sich gegen eine zu hohe Erhöhung der Tabaksteuer.

Abg. Dr. Lüdz (Dnat.) führte aus, daß die Produktivität unserer Wirtschaft außerordentlich gering geworden sei. Die deutsche Wirtschaft könne unmöglich in die Höhe kommen bei Frachtarifen, die 50 Prozent über den vorangegangenen liegen. Die Vergabe einer solchen Wirtschaftsmaut würde zu einer Art marktunfähigem Handelspolitik auslaufen, die unserer Beratung entgegne.

Abg. Eber (Entz.) sprach eingehend Fragen des Handwerks und des Einzelhandels. Das Handwerk unterstützt die Verbesserungen, die Spanne der Löhne zwischen gelesenen und ungelehrten Arbeitern zu erweitern. Der Redner fragt, wieviel an der Ausführung der Zuschreibungen nach dem Dawesplan das deutsche Handwerk beteiligt werden sollte. Durch Ausbau der preußischen Zentralagentur für Handelsstatistik müßte ein generelles Zentralordinatariat geschaffen werden. Die Wirtschaft des betreffenden Gebiets sei in besonders schwierigen Lage.

Abg. Bödlin (Dnat.) wünschte ebenfalls eine bessere Bewertung der Qualitätsarbeit und begründete einen Antrag, im Reichswirtschaftsministerium einen besondern Staatssekretärposten für das Handwerk zu schaffen.

Abg. Simon-Danckert (Doz.) bezeichnete die Behauptung als irrig, daß die Erhöhung der Arbeitnehmerlöhne die Konkurrenzfähigkeit der Industrie beeinträchtige. Diese Redensart ist nur ein leeres Vorwand für die Arbeitgeber, die Löhne möglichst niedrig zu halten. Im Auslande seien die Löhne zum Teil bis zu 100 Prozent höher. Das Reichswirtschaftsministerium müßte sich dafür rütteln, den Aufschluß zu erwecken, ob wenn es nur eine Illusion des Reichswirtschaftsverbandes der deutschen Industrie wäre. Der Redner tritt für weiter Auswirkungen des Kartellwesens und führt als Beispiel für die unverhältnismäßig hohen Verdiente des Handels den Obsthandel an, dessen Alagen niemand ernst nehmen dürfe.

Abg. Werner (Berlin, Dem.) verlangte die Aufhebung der Preisberebereichordnung, der Verordnung gegen verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und der Verordnungen über Handelsbeschränkungen sowie betr. den Verkehr mit Afrika und China, über Postzollverordnungen und über Preisprüfungsstellen. Diese Verordnungen hätten vielfach zu einer ganz unerträglichen Belästigung und Spaltung der Kaufmannschaft geführt und seien höchstens für die Inflationzeit gerechtfertigt gewesen. Selbstverständlich sollte damit nicht unvertraglichen Preisabschüttungen Tür und Tor geöffnet werden. Dagegen schütze aber das ordentliche Gesetz und die Marktwirtschaft.

Abg. Krämer (Soz.) verlangt Abidung der Umstypen für Luxuswaren, wodurch der Abfall von Qualitätsarbeit stark gedrosselt werde.

Abg. Roenen (Kommu.) führte aus, das Reichswirtschaftsministerium sei durchaus rücksichtlich und großzügig eingestellt.

Abg. Drewitz (Wirtsch. B.) trat ebenfalls für die Schaffung der Preisberebereichordnungen und anderer Rechte aus der Zeit der Zwangswirtschaft ein und verlangte gleichfalls die Schaffung eines Staatssekretärpostens für das Handwerk.

Abg. Schick (R.) bedauerte die Darlegungen des Minister über die Erhöhung der Löhne. Die jetzigen ungünstigen Löhne müssten, soweit es die Lage der Wirtschaft zuläßt, unbedingt erhöht werden.

Nachdem der Abg. Pejewski-Jung (Dnat.) für eine Wiederholung der Umsatzsteuer eingetreten war, wurden die weiteren Verhandlungen auf Freitag vertagt.

### Deutsch-amerikanische Wirtschaftsbeziehungen.

(New York.) Bei einem Gespräch, das die deutsch-amerikanische Handelskammer zu Ehren des deutschen Botschafters Freiherrn v. Malan gab, erklärte dieser: Er betrachte es als seine Hauptaufgabe, enge Beziehungen zu den Handelskreisen zu unterhalten. Die gegenwärtige Politik der Verstärkung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit müßte Hand in Hand gehen, um zwischen den beiden Ländern eine enge und dauernde Freundschaft zu erhalten. Deutschland werde mit ehrlichem Bemühen den Dawesplan durchführen. Nichts könne daran etwas ändern, gleichzeitig, wer auch immer zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt würde.

bei Barzahlung auf Beträge von 1 M. ab gewöhre auf meine anerkannt billigen Preise auf sämtl. Artikel zum Glaubitzer Markt nur Sonntag, d. 19. 4. Geschäft offen 11—6 Uhr. Martin Schnabe, Glaubitz.